

Schutzzölle, Grönland, Panama

ANALYSE Wo das politische Denken Donald Trumps seine Wurzeln hat

Einmal mehr ist Europa über Donald Trumps Politik erstaunt, ja schockiert. Dabei ist die doch Fortsetzung einer langen Traditionslinie amerikanischer Politik. Allerdings ist in Europa weitgehend in Vergessenheit geraten, dass die Vereinigten Staaten nicht nur Freihandel und Demokratieexport kennen – sondern eben auch Protektionismus, Zölle und territoriale Machtpolitik für eigene Interessen.

Trump's Zölle und seine Territorialansprüche setzen diese Linie fort, und wer Trump und sein Treiben verstehen will, muss sich vor allem mit einem in Europa halb vergessenen US-Präsidenten des späten 19. Jahrhunderts befassen: William McKinley (1843–1901).



Autor dieses Textes ist **Alexander Will**. Er schreibt für unsere Zeitung über deutsche und internationale Politik.
@Den Autor erreichen Sie unter **Will@infoautor.de**

McKinley war der letzte Präsident, der im Bürgerkrieg gedient hatte, US-Präsident nach zwei triumphalen Wahlsiegen zwischen 1897 und 1901. Die Amtszeit des Republikaners war gekennzeichnet durch massives ökonomisches Wachstum in den Vereinigten Staaten. Zudem legte McKinley mit dem Gold-Standard-Gesetz die Grundlage für fast 150 Jahre Dollar-Stabilität.

Bloß kein Freihandel

Die ökonomischen Erfolge erreichten die McKinley-Administrationen dabei nicht in einem System internationalen Freihandels. Der Präsident war im Gegenteil ein vehementer Verfechter von Zöllen. Die sollten jedoch nicht dazu dienen, Einnahmen für den Staat zu generieren. Ökonomisches Ziel war vielmehr, einheimische Produzenten vor auslän-

discher Konkurrenz zu schützen. 1892 formulierte McKinley bei einer Rede in Boston mit viel Pathos: „Im Freihandel ist der Händler der Herr und der Produzent der Sklave. Schutzzoll aber ist nichts weiter als ein Naturgesetz, das Gesetz der Selbsterhaltung und Entwicklung. Es ist das Gesetz des besten und höchsten Schicksals der menschlichen Rasse.“ Das Pathos von damals erinnert an den Trumpschen Stil von heute. Der sogenannte „Dingley-Tarif“, der 1897 in Kraft trat, verteuerte den Import einer großen Anzahl von Waren um rund die Hälfte.

Zudem nutzte McKinleys Administration Zollpolitik auch für politische Zwecke. Bilaterale Verhandlungen über Zollabkommen – etwa mit dem Deutschen Reich oder

Großbritannien – umfassten so immer auch politische Fragen. Diese Verhandlungen waren Gelegenheiten, den entsprechen-

den Partnern Zugeständnisse abzurufen, eben „Deals“ zu machen, wie das auch Donald Trumps bevorzugte Methode ist.

Gestern: Europäer raus

Auch außenpolitisch erinnern die Ereignisse der McKinley-Zeit an das Denken Trumps heute. McKinley war – obwohl er den Begriff selbst nicht strapazierte – ein konsequenter Praktiker der Monroe-Doktrin. Der fünfte Präsident der USA, James Monroe, hatte deren drei wesentliche Grundsätze im Jahr 1823 in einer Rede aufgestellt:

■ Nichteinmischung der USA in europäische Angelegenheiten

■ Ende aller Kolonialisierungsversuche in der westlichen Hemisphäre („Amerika den Amerikanern“)



25. Präsident der USA: William McKinley (1843–1901)

BILD: LIBRARY OF CONGRESS

■ Eingreifen der USA gegen alle nichtamerikanischen Mächte, die den ersten beiden Grundsätzen zuwider handeln

Tatsächlich hielten sich die Vereinigten Staaten bis zum Ersten Weltkrieg konsequent aus Konflikten in Europa heraus. Im Spanisch-Amerikanischen Krieg griff McKinley zunächst zugunsten kubanischer Rebellen gegen die Kolonialmacht Spanien ein. Der Krieg spielte sich schließlich sowohl in der Karibik als auch auf den Philippinen ab und endete mit der vollständigen Niederlage der europäischen Kolonialmacht Spanien – und territorialen Gewinnen der USA, die Puerto Rico, Guam und zeitweilig auch die Philippinen annektierten. Weiteren territorialen Zuwachs erzielte McKinley 1898 mit der Annexion von Hawaii.

Heute: Chinesen raus

Trump denkt heute offenkundig ähnlich wie McKinley damals: Der Druck auf das strategisch wichtige Panama und die militärischen Drohungen gegen das Land, richten sich gegen Einfluss und Präsenz einer fremden Macht, die

diesmal aber nicht aus Europa stammt: gegen China. Beides war erfolgreich. Zu Wochenbeginn kündigte Panamas Präsident José Mulino an, dass sein Land sich aus dem chinesischen Infrastruktur- und Kredit-Programm „Belt and Road“ zurückziehen werde. Außerdem gewährt das Land US-Kriegsschiffen freie Passage durch den Panama-Kanal.

Trump's Griff nach Grönland ließe sich ebenfalls im Rahmen der Monroe-Doktrin rechtfertigen: Die größte Insel der Welt liegt in Amerika, und die politische Zugehörigkeit zu Dänemark könnte man noch immer als Kolonialismus betrachten. Strategisch hat die Insel für die Vereinigten Staaten jedenfalls heute einen ebenso großen Wert als Bollwerk gegen Russland und China, wie Hawaii im 19. Jahrhundert gegen Japan.

Ein Berg und ein Mord

Tatsächlich kann man annehmen, dass Donald Trump die McKinley-Ära als eine Art Vorbild betrachtet. Darauf weist jedenfalls eine kuriose Entscheidung gleich zu Beginn seiner Amtszeit hin: Er entschied, den höchsten Berg Nordamerikas in Alaska wieder in Mount McKinley rückzubenennen, nachdem Barack Obama ihn in „Mount Denali“ umbenannt hatte. Trump: „Wir werden den Namen eines großen Präsidenten – William McKinley – wieder auf den Mount McKinley setzen, wo er sein sollte und wo er hingehört.“

Und schließlich: 1901 wurde William McKinley bei einer öffentlichen Veranstaltung von einem Anarchisten ermordet. Trump selbst entging diesem Schicksal im vergangenen Wahlkampf nur knapp. Für jemanden wie Trump, der an Fügungen und Bestimmung glaubt, ist das ganz sicher ein verbindendes Moment.